

## »Immer mehr Beschäftigte Arm trotz Arbeit«

**Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Lohnentwicklung in Deutschland“ (BT-Drs. 18/13524) von Jutta Krellmann u.a. und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag**

### Zusammenfassung:

Die **Einkommen** (ohne Berücksichtigung des selbstgenutzten Wohneigentums) sind in Deutschland seit 2008 etwas **ungleicher** verteilt. Von 2008 bis 2011 fiel der Gini-Koeffizient zwar leicht (von 0,291 auf 0,283). Doch zwischen 2011 und 2014 stieg der Indikator wieder auf 0,301 in 2014. Der Palma-Ratio, das Verhältnis zwischen den Einkommen der reichsten 10% und den Einkommen der unteren 40%, stieg zwischen 2008 und 2013 von 1,054 auf 1,124.

Der Anteil der abhängig Beschäftigten, die nach EU-Definition **arm** sind (also weniger als **40% des mittleren Äquivalenzeinkommens** erhalten), ist zwischen 2008 und 2014 von 1,4% auf 2,6% angestiegen. Das entspricht eine Steigerung von 86%. Bei den Frauen hat sich dieser Anteil sogar von 1,6% auf 3,2% verdoppelt. Der Anteil der abhängig Beschäftigten, die nach EU-Definition **armutsgefährdet** sind, (also weniger als **60% des mittleren Äquivalenzeinkommens** erhalten), ist zwischen 2008 und 2014 von 6,8% auf 8,9% angestiegen. Das entspricht eine Steigerung von 39%.

Der 2013 eingeführte bundesweite Mindestlohn hat sich vor allem darin bemerkbar gemacht, dass die Quote der nach EU-Definition armen Beschäftigten zwischen 2013 und 2014 von 3,2% auf 2,6% sank. Der Mindestlohn hat auch einen positiven Effekt auf die Löhne geringfügig Beschäftigter ausgeübt. Die **Nominallöhne von Minijobbern** stiegen zwischen 2013 und 2017 um 19,5%, mehr als doppelt so schnell als die Nominallöhne der Vollzeitbeschäftigten (9% im gleichen Zeitraum).

Die oberen Einkommensgruppen konzentrieren sich vorwiegend in den alten Bundesländern. Im Westen verdienen dreimal so viele mehr als 200% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens als im Osten (9,3% in den alten Bundesländern, 3,1% in den neuen Bundesländern).

### O-Ton Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

*„Niedrige Teilzeit, Minijobs oder gar Vollzeit zu Niedrig- oder Mindestlohn sind nicht existenzsichernd und sorgen dafür, dass inzwischen über drei Millionen Beschäftigten in Deutschland armutsgefährdet sind. Über Jahre wurden unbefristete Vollzeitstellen systematisch durch befristete und unsichere Teilzeit und Minijobs ersetzt. Völlig legal aufgrund der durch und durch neoliberalen und arbeitnehmerfeindlichen Politik von Rot-Grün unter Schröder, Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot unter Merkel.*

*Der Mindestlohn ist zwar viel zu niedrig und voller Ausnahmen. Jedoch hat er eine bescheidene Wirkung zu verzeichnen. DIE LINKE fordert einen umfassenden Mindestlohn von 12 Euro, der die Armutsrate noch viel deutlicher senken würde. Vor allem will DIE LINKE auch, dass gute Arbeit wieder die Regel wird: unbefristet, tariflich bezahlt und mitbestimmt. Dies umzusetzen setzt Zweierlei voraus: Den rigorosen Bruch der SPD mit der unsozialen Agenda-Politik und die Erkenntnis der Beschäftigten um die Notwendigkeit, sich in ihrem Betrieb und in ihrer Gewerkschaft zu organisieren. Die jüngsten Streiks im Einzelhandel, in der Pflege oder im Erziehungsbereich machen eins ganz deutlich: Organisierte Gegenwehr ist möglich.“*

### Ergebnisse im Einzelnen:

- Die **Einkommen** (ohne Berücksichtigung des selbstgenutzten Wohneigentums) sind in Deutschland seit 2008 etwas **ungleicher** verteilt. Von 2008 bis 2011 fiel der Gini-Koeffizient zwar leicht (von 0,291 auf 0,283). Doch zwischen 2011 und 2014 stieg der Indikator wieder auf 0,301 in 2014. Der Palma-Ratio, das Verhältnis zwischen den Einkommen der reichsten 10% und den Einkommen der unteren 40%, stieg zwischen 2008 und 2013 von 1,054 auf 1,124 [Siehe Antwort zu Frage 1]
- Der **Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200% oder mehr des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens** ist zwischen 2005 und 2014 gestiegen. Während 2005 noch 7,7% der Bevölkerung mehr als das doppelte Medianeinkommen erhielt, waren es in 2014 8,2%. Zwischen- durch fiel die Quote im Zuge der Weltfinanzkrise in 2009 auf 6,8%. [Siehe Antwort zu Frage 2]
- Bewohner der **alten Bundesländer** erhalten im Vergleich zu Menschen in den **neuen Bundesländern** dreimal so häufig mehr als das doppelte bundesweite Medianeinkommen (9,3% in den alten Bundesländern, 3,1% in den neuen Bundesländern) [Siehe Antwort zu Frage 2]
- Der Mindestlohn hat einen positiven Effekt auf die Löhne geringfügig Beschäftigter. Die **Nominal- löhne von Minijobbern** stiegen zwischen 2013 und 2017 um 19,5%, mehr als doppelt so schnell als die Nominallöhne der Vollzeitbeschäftigten (9% im gleichen Zeitraum). Zwischen 2008 und 2012 sind die **Nominallöhne von Minijobbern** mit 8,2% noch deutlich langsamer gestiegen als die Nominallöhne von Vollzeitbeschäftigten (12,1% im gleichen Zeitraum) [Siehe Antwort zu Frage 4]
- Die Nominallöhne von **Frauen** sind mit 24,6% zwischen 2008 und 2016 leicht schneller gestiegen als die von Männern (21,8%) [Siehe Antwort zu Frage 4]
- Die **Nominallöhne von Arbeitnehmern in leitender Stellung** sind zwischen 2008 und 2016 mit 29,3% signifikant **schneller gestiegen** als die von Herausgehobenen Fachkräften (22,7%), Fachkräften (ebenfalls 22,7%), Angelernten Arbeitnehmern (18,9%) sowie Ungelernten Arbeitnehmern (22,8%) [Siehe Antwort zu Frage 4]
- Die Nominallöhne sind zwischen 2008 und 2016 in den neuen Bundesländern mit 27,4% schneller gestiegen als die in den alten Bundesländern (22,2%) [Siehe Antwort zu Frage 4]
- Die **Reallöhne** sind zwischen 2008 und 2016 um insgesamt 9,7% gestiegen. Das entspricht eine Steigerung von durchschnittlich 0,9% pro Jahr [Siehe Antwort zu Frage 5]
- Die **Armut** ist zwischen 2008 und 2014 **bei abhängig Beschäftigten** deutlich gestiegen:
  - Der Anteil der abhängig Beschäftigten, die nach EU-Definition **arm** sind (also weniger als **40% des mittleren Äquivalenzeinkommens** erhalten), ist zwischen 2008 und 2014 von 1,4% auf 2,6% angestiegen. Das entspricht eine Steigerung von 86%. Die Quote sank allerdings zwischen 2013 und 2014 von 3,2% auf 2,6%. Dieser Rückgang ist höchstwahrscheinlich der Einführung des bundesweiten Mindestlohns zu verdanken. Bei den Frauen hat sich dieser Anteil zwischen 2008 und 2014 sogar von 1,6% auf 3,2% verdoppelt. [Siehe Antwort zu Frage 17]
  - Der Anteil der abhängig Beschäftigten, die die nach EU-Definition **relativ einkommensarm** sind, (also weniger als **50% des mittleren Äquivalenzeinkommens** erhalten), ist zwischen 2008 und 2014 von 3,1% auf 4,8% angestiegen. Das entspricht eine Steigerung von 55%. Bei den Frauen ist dieser Anteil von 3,5% auf 5,4% angestiegen, ein Zuwachs von 54%. [Siehe Antwort zu Frage 17]
  - Der Anteil der abhängig Beschäftigten, die nach EU-Definition **armutsgefährdet** sind, (also weniger als **60% des mittleren Äquivalenzeinkommens** erhalten), ist zwischen 2008 und 2014 von 6,8% auf 8,9% angestiegen. Das entspricht eine Steigerung von 39%. Bei den Frauen hat sich dieser Anteil von 7,0% auf 9,9% gesteigert, ein Zuwachs von 41%. [Siehe Antwort zu Frage 17]
  - Der Anteil der abhängig Beschäftigten, die nach EU-Definition **armutsgefährdet in sozialen Risikosituationen** gelten, (also **weniger als 70% des mittleren Äquivalenzeinkommens** erhalten), ist zwischen 2008 und 2014 von 11,3% auf 14,8% angestiegen. Das entspricht eine Steigerung von 31%. Bei den Frauen hat sich dieser Anteil sogar von 7,0% auf 9,9%, ein Zuwachs von 31%. [Siehe Antwort zu Frage 17]